

Rede des Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerers Wolfgang Beckermann zur Einbringung des Etatentwurfs 2012 am 19. Oktober 2011 (Sitzung des Rates der Stadt Greven).

Es gilt das gesprochene Wort.

„Handeln für Greven: Überschuldung vermeiden und Haushaltssicherung gestalten“

1 Unruhige Zeiten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

gleich zwei Nachrichten bewegten viele Kommunen und die interessierte Öffentlichkeit in Nordrhein-Westfalen in den letzten zwei Wochen, obwohl es nur um kommunale Finanzen ging. Die sind normalerweise nicht der tolle Nachrichtenbringer; zu sehr haben sich viele an diese Negativmeldungen gewöhnt.

Folie: Artikel der WAZ „Bank verweigert ...“

Als erstes meldeten die NRW-Zeitungen, unter anderem die WAZ und die WN, dass die WL-Bank mit Sitz in Münster von nun an Kommunen, die kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept vorweisen – also wie wir in Greven im sogenannten Nothaushaltsrecht wirtschaften – keine Kredite mehr gewähren wird. Klarer als zuvor sprachen dann weitere Banken auch öffentlich von ihren internen Ratings der Kommunen. Eine Tatsache, die in kommunalen Finanzkreisen seit langem bekannt ist, aber sicher nicht von ungefähr jetzt öffentlich gemacht wurde.

Diese Meldung wurde im Ruhrgebiet durch eine Idee des geschätzten Kollegen im Amt des Kämmerers der Stadt Essen, Lars Martin Klieve, noch getoppt.

Folie: Artikel der WAZ „Essens Finanzchef ...“

Klieve löste mit seinem Vorstoß, überschuldete Kommunen könnten in allerletzter Konsequenz aufgelöst und Nachbarstädten zugeschlagen werden, einen wahren Sturm der Entrüstung

aus. Sein OB musste sich distanzieren, um den Frieden mit den Nachbarstädten wiederherzustellen. Oberhausen als Vorstadt von Essen, Duisburg als Teil von Düsseldorf? Stadträte wandeln sich in Bezirksvertretungen? Ich könnte es gedanklich regional und vor Ort weiter entwickeln, mag es aber gar nicht aussprechen. Das wäre sonst gleich eine neue Schlagzeile in unseren Blättern.

Folie: Artikel der WAZ 1+2

Beide „Aufreger“-Meldungen machen deutlich: Es wird zunehmend ungemütlicher in der kommunalen Finanzwelt. Und wenn es ums Geld – vor allem um das nicht vorhandene – geht, lässt schnell jede Solidarität nach. Das ist vielleicht gefährlicher als der eigentliche Umstand unserer Finanzknappheit. Herr Finanzminister Norbert-Walter Borjans hat es neulich einmal so ausgedrückt, das gefiel mir: „Es reicht nicht aus, seinen eigenen Garten aufzuräumen und die toten Hühner über den Gartenzaun zu werfen.“ Anders ausgedrückt: Wir brauchen ein Miteinander in den Kommunen, zwischen den Kommunen aber auch von Kommunen, Ländern und Bund.

Nun, es wird wohl sehr unwahrscheinlich sein, dass die Idee des Kollegen Klieve eine schnelle Umsetzung erfährt. So viel interkommunale Zusammenarbeit kommt meistens nicht gut an, wie wir aus dem Ruhrgebiet vernehmen können.

Bedenklicher ist dagegen das Vorgehen der WL-Bank. Zwar glaube ich wirklich nicht, dass wir Gefahr laufen, dass aus unserem Grevener Kirchberg eine münsterländische Akropolis wird. Aber ich denke, dass es am Kreditmarkt im Zweifel schlichtweg teurer für uns werden kann, wenn wir im Nothaushaltsrecht verbleiben sollten – was vielleicht nicht sein muss.

Allemaal ist es, wie ich finde, eine völlig überzogene Vorgehensweise der Genossenschaftsbank! Ich habe dafür – anders als gestern ein Kollege aus Nottuln öffentlich äußerte – kein Verständnis! Eine Bank, die sich der Region verpflichtet fühlt, sollte sich in der Öffentlichkeit anders verhalten. Kommunen im Nothausrechtsrecht, selbst überschuldete Kommunen, sind nicht insolvenzfähig. Der WL-Bank und anderen wird es wohl eher darum gehen, Kredite an die Kommunen zu höheren Konditionen zu vergeben. Basel III und der Verpflichtung, mehr Eigenkapital vorzuhalten, sei Dank. Es ist der Versuch, aus den Städten und Gemeinden mehr an Bankerträgen herauszuholen. Bezahlen muss das letztlich der Steuerzahler.

2 Die kommunale Finanzsituation

Lassen Sie mich ganz kurz mit wenigen Schlaglichtern die großen aktuellen Einflussfaktoren unserer kommunalen Finanzsituation benennen:

- Wir erleben derzeit ein Auf und Ab der Wirtschaft und Bankenwelt.
- Die Empörung nimmt zu, die Süddeutsche Zeitung titelte am letzten Samstag zu den aktuellen weltweiten Protesten im Wirtschaftsteil: „Besetzt Bankfurt“ und sprach gar davon, dass den Finanzmanagern das gesellschaftliche Abseits drohe. Das ist alles nicht gerade beruhigend für die ohnehin nervösen Märkte.
- Kaum jemand glaubt, dass mit dem erweiterten europäischen Rettungsschirm das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Der Finanzierungsbedarf wird anhalten.
- Die bis zum Frühjahr hin guten Konjunkturaussichten haben sich in kurzer Zeit dramatisch verschlechtert.
- Zugleich ist die Situation am Arbeitsmarkt bei uns in Deutschland so gut wie seit 20 Jahren nicht mehr.
- Viele Volkswirte sehen aber nach den Trends in diesem Sommer ein erhebliches Rezessionsrisiko im Euro-Raum.
- Lange glaubte man in diesem Jahr an Zinserhöhungen, jetzt rechnen viele mit Zinssenkungen.

Heruntergebrochen auf die kommunale Ebene stellt sich die Situation so dar:

- Bis zur Jahresmitte ging es angesichts guter Entwicklungen auch bei den kommunalen

Steuereinnahmen und Anteilen bergauf: bei uns mit rund 1,5 Millionen Euro aber deutlich weniger positiv als in anderen Städten. Unsere Steuerkraft bleibt im kommunalen Vergleich eher schwach.

- Die anhaltend niedrigen Zinsen sind erst einmal gut für unsere Kreditfinanzierung, die wir nun sogar im Bereich der Liquiditätskredite bis auf 10 Jahre ausdehnen dürfen, evtl. aber schlecht für einige Derivate unseres Portfolios.
- Der Bund und die Länder bemühen sich, den Kommunen in der schwierigen Finanzsituation zu helfen. Die eigenen Probleme von Bund und Land sind aber so groß, dass vorerst zugunsten der Kommunen nur sehr begrenzte Möglichkeiten bestehen.
- Die kommunalen Belastungen durch die Zahlungen zur Eingliederungshilfe und den Hilfen zur Erziehung nehmen kontinuierlich und in hohem Maße zu.
- Der Bund übernimmt immerhin sukzessive bis 2014 vollständig die Grundsicherung im Alter. Das ist gut für die Kommunen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Vorteile im Spinnennetz der Kreise hängen bleiben.
- Das Land NRW stellt mit dem Stärkungspakt für die Kommunen in einem Zeitraum von 10 Jahren 5,8 Milliarden Euro zur Verfügung.
- In NRW steigt die Verbundmasse zur Finanzierung der kommunalen Haushalte für 2012 auf mind. 8,2 evtl. sogar 8,4 Milliarden Euro. Das ist die höchste Summe, die je vom Land an die Kommunen gezahlt wurde.
- Trotzdem reicht die Finanzausstattung hinten und vorne nicht. In nahezu allen kommunalen Haushalten – ganz besonders in NRW – herrscht große Not.
- Hierzu passt es überhaupt nicht, dass die Kommunen doch ständig Neues aufs Auge gedrückt bekommen, wie aktuell zusätzliche Stellenanforderungen zur Begleitung von Vormundschaften (das kommt vom Bund) oder aus der Neufassung des Landespersonalvertretungsgesetzes mit der Freistellung von Mitarbeitern (das kommt vom Land).
- Das im Frühjahr hoffnungsvoll erwartete und vorgestellte Gutachten der Professoren Lenk und Junghernheinrich findet zwar durchweg Beifall; es lässt sich über den Stärkungspakt des Landes aber eben nur

für einen kleinen Kreis umsetzen und erweist sich darüber hinaus derzeit als nicht finanzierbar. Es bleibt nur Geld zur Nothilfe für schon überschuldete oder zeitnah davon bedrohte Kommunen. Greven geht da leer aus! Man könnte es auch positiv sehen: Es ist mir lieber, dass wir nicht überschuldet sind und kein Landesgeld erhalten als umgekehrt.

- Das Land NRW stellt die Gemeindefinanzierung wesentlich um. Die Schlüsselzuweisungen wurden schon im laufenden Jahr unter der Prämisse der sogenannten Soziallasten neu berechnet. 2012 folgt die zweite Stufe. Auch die weiteren Berechnungsgrundlagen werden neu bestimmt. Den HFWA habe ich in der letzten Sitzung ausführlich über die Änderungen informiert. Unterm Strich bedeutet die geänderte, ganz bestimmt in der kommunalen Familie gerechtere Gemeindefinanzierung, für uns in Greven künftig eine geringere Zahlung des Landes von jährlich mehr als 3,5 Millionen Euro.
- Zu beachten ist bei den Zahlen zu den Schlüsselzuweisungen, für die uns leider noch keine Proberechnungen des Landes vorliegen, dass für 2012 eine Abmilderungshilfe besteht; diese fällt ab 2013 weg und wird zu weiter sinkenden Schlüsselzuweisungen führen.

Das hat sozusagen die Geschäftsgrundlage, die wir mit dem Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung im letzten Jahr sahen, drastisch verändert. Ganz besonders diese Tatsache verlangt nach Auffassung des Verwaltungsvorstandes nun zusätzliche Maßnahmen zur Gegensteuerung, die wir Ihnen vorschlagen.

Festzustellen ist ebenso:

- „Die Zeiten sind erst einmal vorbei, in denen sich Kommunen am eigenen Schopfe aus dem Schuldensumpf ziehen konnten.“ O-Ton einer Kämmerin einer bisher gut aufgestellten Stadt.
- „Allein mit effizienterem Handeln sind in den meisten Kommunen die Lücken nicht zu schließen.“ Das sagte neulich Finanzminister Walter-Borjans in einem Vortrag beim Kämmererverband.
- Alle Finanzverantwortlichen sagen auf allen staatlichen und kommunalen Ebenen:

„Wir werden noch mehr konsolidieren müssen!“

- Das wiederum versteht nicht Jede und Jeder. Ich bin immer wieder erstaunt, was mitunter in Anträge an den Rat gegossen wird.

3 Die besondere Finanzlage Grevens und Vorschläge zur Verbesserung

Meine Damen, meine Herren,

dass sich unsere finanzielle Lage in Greven deutlich negativ vom unmittelbaren Umfeld in unserer Region unterscheidet, ist für Sie nicht neu. Die Tatsache lässt sich zum Beispiel so ablesen:

Folie: Liquiditätskredite im Kreis Steinfurt / Anteil Greven

Nach einer Erhebung im Kreis Steinfurt werden alle Städte und Gemeinden zum Jahresende zusammen durch 84,7 Millionen Euro Liquiditätskredite belastet sein. Auf Basis der Einwohnerzahl dürften wir davon 8 Prozent haben. Tatsächlich halten wir mit 37,2 Millionen Euro zum Jahresende fast die Hälfte der Liquiditätskredite im Kreis.

Folie: Pro-Kopf-Verschuldung

Ebenso sind wir leider in der Pro Kopf-Verschuldung im Münsterland Spitzenreiter und zwar zum Stichtag 31.12.2010 mit 3213 Euro.

Zum Vergleich: Wir liegen damit fast 1000 Euro je Einwohner höher als Rheine und im oberen Drittel eines Gesamtrankings in NRW. Allerdings gibt es die bekannten Ausreißer mit weit schlechteren Zahlen, allen voran Siegburg und Oberhausen, die über 8000 Euro je Einwohner aufweisen.

Diese Besonderheiten auf der Finanzseite erfordern ebenso besondere Reaktionen.

Würden wir nicht zusätzlich gegensteuern, sähen die Ergebnisse wie folgt aus:

Folie: Haushaltsergebnisse ohne weitere Gegensteuerung

In 2012 läge der Verlust bei 8,4 Mio. Euro (und damit 2,7 Millionen höher als im letzten Jahr angenommen).

Mit den Vorschlägen zur Hebesatzanhebung können wir dagegen folgende Ergebnisse erreichen, die nun auch Grundlage unserer Haushaltsplanung sind:

Folie: Haushaltsergebnisse mit Gegensteuerung

In 2012 läge der Verlust bei 6,9 Millionen Euro (und damit nur noch 1,2 Millionen Euro höher als im letzten Jahr angenommen)

Folie: Hebesätze 2012

Folgende Hebesatzsteigerungen schlagen wir – ich sage ganz deutlich: sehr schweren Herzens – zur Reduzierung des Haushaltsverlustes vor:

- Grundsteuer A von bisher 250 v.H. auf 260 v.H. (+ 4%)
- Grundsteuer B von bisher 420 v.H. auf 500 v.H. (+19%)
- Gewerbesteuer von bisher 430 v.H. auf 450 v.H. (+4,65%)

Bei der Grundsteuer B ist der Hebesatz dann mit dem der Kommunen im Kreis Recklinghausen vergleichbar, die sich in einer ähnlichen Situation befinden.

Bei der Gewerbesteuer liegen wir damit noch immer 10 Punkte unter Münster –darauf müssen wir achten– und deutlich unter anderen Kommunen in der gleichen Haushaltssituation.

Wie würde sich das unmittelbar auswirken?

Folie: Hebesätze 2012 – Auswirkungen / Beispiele

Zur Grundsteuer A, also der Steuer für die land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke führt die Erhöhung durchschnittlich zu einer Erhöhung von 11,30 pro Jahr oder unter 1 Euro im Monat. Im städtischen Haushalt ergibt die Erhöhung ein Plus von rd. 8.000 Euro.

Bei der Grundsteuer B, der Steuer für bebaute und unbebaute Grundstücke, würde die Familie Beckermann rund 68 Euro im Jahr bzw. 5,60 Euro im Monat mehr zahlen müssen. Mit allen Steuerpflichtigen kämen über 1 Million Euro im Haushalt zusätzlich zustande.

Für Gewerbesteuerzahler würde eine Erhöhung des Hebesatzes auf 450 v.H. je 1.000 Euro Gewinn eine Mehrbelastung von 8 Euro bedeuten. Die Stadtkasse würde mit einer Einnahmesteigerung von über 500.000 Euro profitieren.

Natürlich müssen wir die Gesamtbelastung der Privathaushalte im Blick haben. Und da zeichnet sich für 2012 eine günstige Entwicklung bei den Gebühren ab. Mit Ausnahme des Winterdienstes werden sie stabil bleiben!

Betrachtet man die Steuern über einen Zeitraum von zehn Jahren, dann dürften die Mehrerträge 15 Millionen Euro deutlich übersteigen.

4 Worin besteht unser Erfolg? Was sind unsere gemeinsamen Ziele?

Meine Damen und Herren,

Folie "There is no elevator for success, only stairs"

Freunde haben mir zur Beigeordnetenwahl ein Foto aus China geschickt. Auf einer Mauer steht der Ihnen vielleicht bekannte Spruch: „There is no elevator for success, only stairs“.

Das lässt sich auf unsere Haushaltssituation und ebenso auf unser Gemeinwesen in Greven übertragen. Es sind allerdings viele Stufen zu überwinden, um zum Erfolg zu gelangen. Worin besteht unser Erfolg oder besser worin bestehen die Erfolge? Lohnt es sich überhaupt, sich dafür so anzustrengen? Ich meine: ja!

Ich stelle erneut fest: Trotz der sehr schwierigen Finanzlage bewegt sich viel in unserer Stadt. Und das gilt es fortzusetzen: Wir wollen doch zum Beispiel den sehr erfolgreichen Bildungsstandort Greven weiterentwickeln, eine familienfreundliche Stadt sein, weiterhin gute Betreuungsangebote machen, Ge-

werbeflächen für notwendige Arbeitsplätze anbieten können, die Innenstadt stärken und keine Einrichtungen schließen. Dazu brauchen wir auch künftig Handlungsspielraum. Und den gibt es nur über eine stetige Konsolidierung.

Das konkret auf unseren Finanzstatus übertragen heißt für mich.

Folie: Ziele

1. Herausragendes finanzpolitisches Ziel ist es, das Eigenkapital zu erhalten und eine Überschuldung zu vermeiden. So kann man zumindest den bisherigen Handlungsspielraum erhalten. Eine Überschuldung würde uns unmündig machen. Nach den uns zur Verfügung stehenden Daten am heutigen Tage kann ich sagen, dass wir vorerst nicht in der unmittelbaren Gefahr einer Überschuldung stehen. Konkret sieht das so aus:

Folie: Überschuldung

Sollten Sie dem Verwaltungsvorschlag folgen, würde das Eigenkapital bis 2019 reichen. Das gilt jedenfalls unter der Annahme, dass sich das negative Ergebnis in gleicher Höhe in den Folgejahren fortsetzt. Im günstigeren Fall sieht es nach den Orientierungsdaten des Landes aber so aus, dass wir längerfristig nicht von einem völligen Eigenkapitalverzehr bedroht sind. Einen TÜV-Stempel gibt uns selbst der Innenminister dafür jedoch nicht.

Folie: Ziele

1. Zweites, weitergehendes finanzpolitisches Ziel sollte es sein, verlorenen Handlungsspielraum zurück zu gewinnen. Das wäre bei uns in einer ersten Stufe der Fall, wenn wir wieder ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen können, das genehmigungsfähig ist. Genau an der Stelle stehen wir jetzt – ich muss einschränkend sagen: möglicherweise! Wie kommt das?

Bislang sah die Gemeindeordnung NRW vor, dass ein Haushaltssicherungskonzept unter anderem nur dann genehmigungsfähig war, wenn am Ende der mittelfristigen Planung (3 Jahre nach dem Haushaltsjahr) wieder ein Haushaltsausgleich dargestellt werden konnte. Dieser Zeitraum wurde nun auf 10 Jahre aus-

gedehnt. Für das Haushaltsjahr 2012 ist das Jahr 2022 maßgebend. Bei der Datenermittlung sind wir allerdings nicht frei. Es gibt viele Vorgaben für die Berechnung. Eine endgültige Beurteilung erfolgt durch die Kommunalaufsicht. Nach unseren Berechnungen ist für spätestens 2021 ein Ausgleich darstellbar und deshalb ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept möglich. Das konnten wir mit der Kommunalaufsicht aber noch nicht verbindlich abklären.

Offen gestanden ist für mich die Aussagekraft für einen Zeitraum von insgesamt 11 Jahren (Haushaltsjahr + 10 Jahre) mehr als fragwürdig. So sind aber nun einmal die vom Land festgelegten Spielregeln.

Für mich steht fest, dass wir möglichst das genehmigungsfähige HSK erreichen sollten. Denken Sie etwa an das Rating der Kommunen durch Banken; schon deshalb wird der Haushaltsstatus künftig wichtig sein. Denken Sie an zahlreiche Restriktionen in der vorläufigen Haushaltsführung bis hin zu personalwirtschaftlichen Konsequenzen, die unsere Leistungsfähigkeit enorm begrenzen. Ich warne jedoch: Das Ziel, ein genehmigungsfähiges HSK zu bekommen, darf nicht missverstanden werden: wir können dann nicht wieder aus dem Vollen schöpfen! Das wäre sogar fatal!

2. Klar: Auf Dauer sollte der konsequente Schuldenabbau und ein Haushaltsausgleich erreicht werden, das wäre die dritte Stufe einer finanziellen Gesundung. Davon sind wir aber erst einmal sehr weit entfernt.

5 Erfolgreiche Produktkritik ist eine wertvolle Basis

Meine Damen und Herren,

einige werden fragen, was hat das ganze Konsolidieren zuletzt genutzt, wenn Bürgermeister und Kämmerer schon wieder mit neuen belastenden Vorschlägen kommen. Ich sage: Wir können sehr stolz auf das Erreichte sein! Es ist die Basis für unsere Zukunftsfähigkeit.

Ich möchte mit Ihnen gemeinsam einen Blick auf die Entwicklung unseres Haushalts seit der Einführung der Produktkritik werfen.

Aktuell umfasst die Liste der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung für das Jahr 2012 neunzig Maßnahmen. Für das Jahr 2012 wurden 12 neue Maßnahmen aufgenommen.

Folie: Produktkritik 1

Mit insgesamt 4,3 Millionen Euro wird der Konsolidierungsbeitrag gegenüber dem letzten Jahr noch einmal mehr als verdoppelt. Darin enthalten ist die Anhebung der Hebesätze.

Ich habe vorhin bereits ausgeführt, dass die geplante Anhebung der Hebesätze die Chance bietet, das Nothaushaltsrecht zu verlassen und der Aufsichtsbehörde ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorzulegen. Mit der nächsten Folie möchte ich Ihnen deutlich machen, wie wichtig dazu die Konsolidierungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren waren und in Zukunft sein werden.

Folie: Produktkritik 2

Die orangen Balken zeigen Ihnen die Defizite von 2009 bis 2012. Wo wir in diesen Jahren ohne die Konsolidierungsmaßnahmen gestanden hätten, erkennen Sie an den blauen Balken. Unsere Defizite wären deutlich höher gewesen. Das Defizit im Ergebnisplan läge im Jahr 2012 ohne die Konsolidierungsmaßnahmen bei 11,2 Millionen Euro. Bei Haushaltsdefiziten in dieser Größenordnung wäre der Weg bis zur Überschuldung nicht mehr weit!

Noch deutlicher sehen Sie das auf der dritten und letzten Folie zur Produktkritik:

Folie: Produktkritik 3

In dieser Folie sind die Defizite der Jahre 2009 bis 2012 in einer Summe zusammengefasst. Ohne die Konsolidierungsmaßnahmen wäre in einem Zeitraum von nur vier Jahren ein Defizit von 32,7 Millionen Euro aufgelaufen. Dank der Entscheidungen im Rat konnten bzw. können wir – die Entscheidungen zum Haushalt 2012 stehen ja noch aus – dieses Defizit um 8,1 Millionen auf 24,6 Millionen Euro reduzieren. Sie sehen das an der dunkelblauen Säule in der Mitte. Das ist ein wirklich gutes Ergebnis. Ich betone noch einmal, dass Sie und wir gemeinsam darauf stolz sein können.

Gleichwohl wäre mir wohler, wenn die Entscheidungsprozesse mitunter schneller vonstatten gingen, damit wir uns zügiger neuen Ideen widmen können.

Hätten wir gar sämtliche Maßnahmen, die von der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung seit Beginn der Produktkritik vorgeschlagen wurden, vollständig umgesetzt, hätten wir das Ergebnis in diesem Vier-Jahres-Zeitraum sogar um 9,8 Millionen Euro auf 22,9 Millionen Euro verbessern können.

Ich möchte Ihnen einige Beispiele für Maßnahmen nennen, die nicht oder nur teilweise umgesetzt wurden: Der Gebäudekomplex der ehemaligen Hauptschule in Reckenfeld wird immer noch genutzt und verursacht nach wie vor jährlich hohe Unterhaltungskosten. Hätten wir die Sporthallennutzungsgebühren im Jahr 2009 eingeführt, hätten wir im Vergleich zum jetzt erzielten Konsens mit den Sportvereinen bis Ende 2012 knapp 400.000 Euro mehr Ertrag erzielt.

Die eingegangenen Kompromisse bei der Parkraumbewirtschaftung führen dazu, dass wir im nächsten Jahr schätzungsweise 125.000 Euro weniger einnehmen werden als ursprünglich geplant.

Und auch die fehlende Zustimmung zur Umschuldung von Liquiditätskrediten in Schweizer Franken wird uns nach jetzigem Erkenntnisstand bis Ende nächsten Jahres ca. 160.000 Euro „kosten“.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass die bislang getroffenen Entscheidungen schon viel Überwindung gekostet haben und betone noch einmal, dass sich das Ergebnis durchaus sehen lassen kann. Aber es ist auch hilfreich, immer wieder kritisch darauf zu schauen, was zusätzlich möglich gewesen wäre. Manche Maßnahmen, die nicht oder nur teilweise umgesetzt wurde, scheint für sich betrachtet keine so großen finanziellen Auswirkungen zu haben. In der Summe und über die Jahre können sich diese Entscheidungen aber durchaus massiv auf die Finanzsituation auswirken. Oder hätten Sie gedacht, dass wir noch 1,7 Millionen Euro mehr an Konsolidierungsergebnis hätten erreichen können?

Meine Ausführungen zur Produktkritik und Haushaltskonsolidierung sollten deutlich machen, dass wir einen richtigen und vor allem alternativlosen Weg eingeschlagen haben.

Denn mit der Produktkritik erreichen wir drei Dinge:

1. Wir setzen uns permanent kritisch mit Möglichkeiten auseinander, wie wir die Dinge noch besser machen können.
2. Wir resignieren nicht, sondern tun alles, um der Stadt Greven und nachfolgenden Generationen finanziell wieder eine Perspektive zu eröffnen. Diese Perspektive heißt aktuell „genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept“.
3. Wir konsolidieren nicht auf Kosten der Lebensqualität in unserer Stadt – im Gegenteil. Wir legen Wert darauf, die Stärken Grevens zu erhalten oder gar auszubauen.

Sie haben es in der Tagespresse verfolgen können: Münster verliert viele junge Familien an Greven. Keine andere Stadt profitiert so sehr von Wanderungsgewinnen aus Münster wie Greven. Und Emsdetten haben wir in der Einwohnerzahl deutlich abgehängt.

Das hat unter anderem damit zu tun, dass wir in den vergangenen Jahren die richtigen Weichen gestellt haben und attraktiv sind. Ich rufe Sie daher alle auf, diesen nicht immer leichten, gar steinigen Weg der Haushaltskonsolidierung mit uns auch in den kommenden Jahren weiter zu gehen. Er ist richtig und ich sehe keine Möglichkeit, wie wir sonst die von mir genannten Ziele erreichen können!

Die Überlegungen zur Produktkritik dürfen allerdings nicht an den Eingangstüren des Rathauses enden. Wir blicken permanent über den eigenen Tellerrand hinaus. Wichtige Impulse liefern uns die Überlegungen anderer Städte und die Arbeit der KGSt. Sie können dem Bericht zur Produktkritik entnehmen, dass wir im Jahr 2012 einige Ideen untersuchen werden, die die Stadt Augsburg gemeinsam mit der KGSt entwickelt hat. Die KGSt selbst wird eine umfassende Liste mit ca. 700 Konsolidierungsvorschlägen vorlegen, die sie deutschlandweit gesammelt hat und die prinzipiell in allen Städten anwendbar sein können.

Es ist zu erwarten, dass wir einen Großteil dieser Ideen bereits geprüft und umgesetzt haben, soweit es für uns sinnvoll war. Möglicherweise

erhalten wir aber weitere Impulse für unseren Konsolidierungsprozess.

Wir scheuen auch nicht den kritischen Blick von außen – im Gegenteil. Ich habe die Gemeindeprüfungsanstalt NRW damit beauftragt, den Konsolidierungsprozess in Greven zu betrachten und mögliche weitere Potenziale aufzuzeigen. Es ist noch zu früh, um konkrete Ergebnisse präsentieren zu können. Die GPA bescheinigt uns, auf dem richtigen Weg zu sein. Die bislang geführten Gespräche deuten darauf hin, dass wir mit einer Optimierung der Arbeitsabläufe und dem gezielten Einsatz der EDV die Möglichkeiten der natürlichen, altersbedingten Fluktuation im Personalbereich nutzen können, um Stellen oder Stellenanteile in einigen Bereichen zu reduzieren.

Ich möchte allerdings vor allzu großem Optimismus warnen: Kurzfristig können wir hier nicht mit nachhaltigen Verbesserungen rechnen. Und auch mittel- bis langfristig müssen wir aufpassen, dass wir in allen Verwaltungsbereichen in ausreichender Zahl motivierte, engagierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben.

Die Qualität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die wichtigste Ressource, die wir haben. Der Bürgermeister hat das in seiner Etatrede bereits deutlich gemacht.

Entscheidend ist: Wir werden nicht müde, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die es uns erlauben, die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern. Impulse von außen sind uns dabei ebenso willkommen wie eigene Ideen. Ich erwarte keine Wunder, die uns von heute auf morgen reich machen. Dafür betreiben wir diesen Konsolidierungsprozess schon zu lange. Aber ich setze auf Kontinuität und Hartnäckigkeit. Wir müssen und wir werden uns weiter anstrengen – frei nach dem Motto einer deutschen Lebensmittelkette: „Jedes Jahr ein bisschen besser...“

Noch nicht heute mit der Einbringung des Haushaltes, aber in den Etatberatungen, möchten wir Ihnen einen Vorschlag für einen Haushaltsbegleitbeschluss vorlegen, der vor allem auf der Aufwandsseite noch eine Zielvorgabe beinhaltet und die gerade von mir angesprochenen Punkte aufgreift und bekräftigt.

Weitergehende Aspekte

Darüber hinaus halte ich es außerhalb der Rathausmauern dringend für erforderlich, dass über die Umlageverbände (Kreis und Landschaftsverbände) und die Sparkassen – bei den letzteren nach der Devise „Arme Mütter, reiche Töchter“ – nachgedacht wird. Das geht aber nur auf Landesebene und entzieht sich unserem direkten Einfluss.

Vor Ort dagegen müssen wir die städtischen Beteiligungen noch viel stärker einbeziehen. Ein Konsolidierungsansatz ist durch die Bäder-GmbH derzeit im Praxistest. Ich denke, dabei können wir es nicht belassen. Weiteres muss folgen.

6 Der Haushalt 2012

Nun möchte ich noch auf einige konkrete Positionen der aktuellen Haushaltsplanung eingehen.

6.1 Grundlagen

Folie Grundlagen Haushalt 2012

Wie bei jeder Etataufstellung wurden die Orientierungsdaten des Landes und die regionalisierte Steuerschätzung bei der Planung zugrunde gelegt.

Der Kreis wird nach meiner Einschätzung bemüht sein, die Kreisumlage nicht zu erhöhen. Sollte allerdings der Landschaftsverband seine Umlage erhöhen, wird der Kreis die Mehrbelastung zumindest teilweise an die Kommunen weiterreichen müssen. Deshalb ist eine kleine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr im Plan bereits berücksichtigt.

Zudem habe ich die erwähnte Anhebung der Realsteuerhebesätze eingeplant.

6.2 Haushalt 2012 und Folgejahre in Zahlen

Für 2012 ergibt sich folgende Bild im Ergebnisplan:

Folie: Ergebnisplan

Die Erträge belaufen sich insgesamt auf 61,9 Millionen Euro (linker Balken). Die Aufwendungen betragen 68,8 Millionen Euro (mittlerer Balken). Daraus ergibt sich ein Defizit im Ergebnisplan von 6,9 Millionen Euro.

In der mittelfristigen Planung bis 2022 stellt sich die Situation so dar:

Folie: mittelfristige Planung

Soweit Sie die Anhebung der Realsteuerhebesätze mittragen, ist – wie ich zuvor bereits gesagt habe – im Jahr 2021 ein Haushaltsausgleich darstellbar. Wir können der Aufsichtsbehörde dann ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorlegen.

Sollten Sie die Anhebung der Realsteuerhebesätze nicht beschließen, können wir einen Haushaltsausgleich im Zeitraum von zehn Jahren nicht sinnvoll begründen. Das würde bedeuten: Wir bleiben im Nothaushaltsrecht!

Das Eigenkapital wird sich nach dieser mittelfristigen Planung so entwickeln:

Folie: Entwicklung Eigenkapital

Die blauen Balken zeigen die Entwicklung mit Anhebung der Hebesätze, die orangenen Balken zeigen, was ohne die Anhebung passiert. Ich wiederhole mich an dieser Stelle gerne: Nach den aktuellen Planungen droht uns keine Überschuldung. Ohne Anhebung der Hebesätze stehen wir nach den aktuellen Planungen im Jahr 2022 aber kurz davor.

6.3 Wesentliche Positionen des Ergebnisplans 2012

Werfen wir nun einen Blick auf einige wesentliche Positionen bei den Erträgen und Aufwendungen:

Folie: Schlüsselzuweisungen

Bei den Erträgen bleibt die genaue Höhe der Schlüsselzuweisungen abzuwarten. Ich hatte schon im letzten HFWA und zu Beginn meiner Rede darauf hingewiesen, dass sich die Zahlen für uns in jedem Fall deutlich verschlechtern werden.

Die folgende Grafik zeigt Ihnen unsere derzeitige Erwartung für das Steueraufkommen im nächsten Jahr:

Folie: Steuern

Die Erhöhung der Steuerhebesätze ist in diese Übersicht bereits eingearbeitet. Das gesamte Steueraufkommen würde dann um 17 % auf insgesamt rund 35 Millionen Euro steigen. Die größten Blöcke bilden die Gewerbesteuer mit 14,5 Millionen Euro und der Anteil an der Einkommensteuer mit geschätzten 12 Millionen Euro.

Schauen wir uns nun einige Aufwandspositionen an:

Folie: Aufwendungen Beeinflussbarkeit

Viele Aufwendungen sind von uns nicht oder kaum beeinflussbar. Das gilt vor allem für die Transferaufwendungen, die fast die Hälfte der Gesamtaufwendungen ausmachen.

Bei den Personalaufwendungen ist aufgrund der Ihnen bekannten geringen Personaldecke kurzfristig kein nennenswertes Potenzial zu erwarten. Ich hatte angedeutet, dass sich nach Einschätzung der GPA möglicherweise mittel- bis langfristige Möglichkeiten durch die natürliche, altersbedingte Fluktuation ergeben könnten. Das setzt allerdings voraus, dass wir nicht an anderer Stelle wegen neuer Anforderungen von Bund und Land zusätzliches Personal benötigen.

Nimmt man nun noch die Abschreibungen hinzu, stehen Dreiviertel der Aufwendungen fest, ohne dass wir viel Einfluss darauf nehmen können.

Einige konkrete Beispiele sollen veranschaulichen, wie die Aufwendungen in den letzten Jahren gestiegen sind:

Folie: große Ausgabeblöcke - Produktbereich Soziale Leistungen

Der Zuschussbedarf beim Produktbereich Soziale Leistungen liegt im Jahr 2012 bei 2,2 Millionen Euro. Im Vergleich zum Jahr 2008 be-

deutet das eine Steigerung um 700.000 Euro oder 47 Prozent.

Die Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II sind sogar um 117 % gestiegen.

Folie: große Ausgabeblöcke - Kinderbetreuung

Noch erheblicher fällt die Steigerung bei den Kinderbetreuungskosten ins Gewicht. Der Zuschussbedarf für die Betreuung in Kindergärten und durch Tagesmütter liegt im Jahr 2012 bei 4,4 Mio. Euro. Im Vergleich zum Jahr 2008 liegt die Steigerung bei 1,7 Millionen Euro oder 66 Prozent.

Bezieht man die Offenen Ganztagschulen ein, liegt der Zuschussbedarf in 2012 sogar bei insgesamt 5 Millionen Euro. Dabei sind die Investitionen nicht berücksichtigt. Und die Tendenz lautet: weiter steigend.

Verstehen Sie mich an dieser Stelle nicht falsch! Ich halte die Betreuung unserer Kinder für eine strategisch wichtige Aufgabe. Deutlich wird jedoch, welche Kosten uns beispielsweise durch die gesetzlichen Ansprüche für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren bzw. demnächst unter 2 Jahren entstehen.

Folie: große Ausgabeblöcke - Erzieherische Hilfen

Eine weitere wichtige Ausgabeblöcke sind die erzieherischen Hilfen mit einem Zuschussbedarf von 3,9 Millionen Euro im Jahr 2012. Das entspricht einer Steigerung von einer Million Euro bzw. 36 %

Auch wenn uns die Gemeindeprüfungsanstalt bescheinigt, dass diese Steigerungen im Vergleich zu anderen Städten noch verhältnismäßig gering sind, belasten sie unseren Haushalt. Erzieherische Hilfen fallen naturgemäß stark ins Gewicht – zur Verdeutlichung: Zwei neue Hilfen im Bereich der Eingliederungshilfe würden ca. 180.000 Euro pro Jahr an Mehrkosten verursachen.

Diese Beispiele haben Ihnen hoffentlich ein Gefühl vermittelt, wie schwer es für uns ist, die Entwicklungen auf der Aufwandsseite zu steuern.

6.4 Wesentliche Positionen des Finanzplans 2012

Schauen wir uns nun die Investitionen im Finanzplan an:

Folie: Investitionstätigkeit

Im investiven Bereich plane ich mit Einzahlungen in Höhe von rund 2,8 Millionen Euro. Dem stehen Auszahlungen in Höhe von rund 4,7 Millionen Euro gegenüber. Daraus ergibt sich ein Kreditbedarf von 1,9 Millionen Euro.

Die maximale Investitionssumme, die uns im Nothaushaltsrecht zusteht, orientiert sich an den Tilgungsleistungen. Wir dürfen lediglich zwei Drittel der Tilgungsleistungen für Investitionen ausgeben. Diesen gesetzlichen Rahmen haben wir mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf bis auf 20.000 Euro ausgereizt. Wir könnten von einer Punktlandung sprechen.

Klar ist damit aber auch: Ohne ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept sind keine weiteren Investitionen möglich!

Die vollständige Maßnahmenübersicht können Sie dem Investitionsprogramm entnehmen. Ich möchte Ihnen nur einige wesentliche Investitionen vorstellen:

Folie: wesentliche Investitionen

Wir können alle diese wichtigen Investitionen jedoch nur realisieren, wenn der Haushalt rechtzeitig beschlossen wird.

Bekommen wir im Dezember kein grünes Licht, dann können wir den dringend benötigten Kindergarten in der Wöste beispielsweise nicht mehr rechtzeitig zum nächsten Kindergartenjahr in Betrieb nehmen.

Und auch für die Josef-Grundschule ist die Genehmigung zwingend erforderlich. Mit dem dort geplanten Dachgeschossausbau verbessern wir die zurzeit katastrophale Raumsituation für den offenen Ganztag und schaffen zusätzlich den Platz für eine neue Gruppe.

7 Schuldenstand und -entwicklung

Bei der Übersicht der Investitionen konnten Sie bereits sehen, dass wir unsere langfristigen

Verbindlichkeiten weiter konsequent abbauen. Das ist gut!

Nicht gut ist dagegen, dass uns wie schon in den Vorjahren die Steigerungen bei den Liquiditätskrediten zu schaffen machen. Leider gehören sie auch zu den Schulden.

Folie: Schulden – Kredite zur Liquiditätssicherung

Ende dieses Jahres belaufen sich die Kassenkredite auf voraussichtlich 37,2 Millionen Euro. Für 2012 erwarten wir eine Steigerung auf 45,7 Millionen Euro.

In der Haushaltssatzung sehen wir sogar einen Maximalbetrag von 54 Millionen Euro vor, um Spitzen auszugleichen und günstige Zinskonditionen auszunutzen.

Die Entwicklung der Schulden zeigt die folgenden Grafik:

Folie: Schuldenentwicklung

Während die langfristigen Kredite bis 2015 kontinuierlich auf dann 45,1 Millionen Euro abnehmen, steigen die Liquiditätskredite im gleichen Zeitraum von vermutlich 37,2 Millionen Euro Ende 2011 auf dann 60 Millionen Euro deutlich an.

In der Summe beträgt der Schuldenstand Ende 2015 rund 105 Millionen Euro.

8 Risiken der Planung 2012

Eine Haushaltsplanung ist immer mit Ungewissheiten und Risiken verbunden. Ich nenne Ihnen die aus meiner Sicht größten Risikofaktoren:

Unsicherheitsfaktor Nr. 1 ist und bleibt die Entwicklung der Märkte.

Auch die Zinsentwicklung bleibt ein Problem: Dauerhaft niedrige Zinsen wirken sich negativ bei den Zinsderivaten aus. Zinssteigerungen könnten mittel- bis langfristig wahres Gift für unseren Haushalt sein.

Ein weiteres Risiko beschäftigt mich, das bislang noch nicht so deutlich im Bewusstsein ist: der Brandschutz in unserer Stadt. Sollten wir keine neuerliche Ausnahmegenehmigung erhalten, den Brandschutz mit den Kräften der

Freiwilligen Feuerwehr sicherzustellen, müssen wir unsere Feuerwache mit hauptamtlichen Kräften besetzen. Die zusätzliche Belastung im Haushalt läge bei mindestens 500.000 Euro pro Jahr.

Schwer prognostizierbar ist für uns auch die Entwicklung der Pensionslasten. Diese wurden uns von der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse zuletzt immer wieder mit erheblichen Steigerungsraten neu berechnet.

Und auch auf die Risiken bei der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen mit einem beispielsweise weiter steigenden Sozillastenanteil und für uns zurzeit nachteiligen neuen Bemessungsgrundlagen für den Schüleranteil habe ich bereits mehrfach hingewiesen.

Ich komme zum Schluss:

Folie: Perspektiven

9 Perspektiven

Unter den Zuhörerinnen und Zuhörern sitzen heute auch unsere Auszubildenden. Ich habe sie gebeten, das Ratsgeschehen zu verfolgen. Sie sind Repräsentanten der kommenden jungen Generation. Für sie ist die Perspektive in dieser Stadt und auch der Stadtverwaltung selbst wichtig. Diese gute Perspektive möchte ich ihnen eröffnen.

Folie: „Handeln für Greven“

Und deshalb bitten Herr Bürgermeister Vennemeyer und ich den Rat um die Zustimmung zum vorgelegten Haushaltsentwurf.

Lassen Sie uns gemeinsam handeln für unser Greven. Lassen Sie uns gemeinsam eine Überschuldung vermeiden und die Haushaltsicherung gestalten.

Meine Damen und Herren,

zum Schluss bedanke ich mich bei Herrn Bürgermeister Peter Vennemeyer, den Fachbereichen im Hause und bei meinen Mitarbeitern im Steuerungsdienst und Finanzmanagement für die gute und engagierte Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushalts.

Ich weiß, es war wieder sehr anstrengend.

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrte Mitglieder des Rates und uns auf der Verwaltungsseite, eine konstruktive Beratung des Haushaltes.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.